

Die parallel laufenden Prozesse der Herausbildung und Expansion der neoliberalen Konfiguration des Kapitalismus und der inneren Krise der staatssozialistischen Länder mündeten nach dem Systemumbruch 1989/1991 in ein schnelles Ende des kurzen Jahrhunderts der radikalen Systemkritik. Gleichzeitig endete auch die bisher unbekannte, sich bis in das »Totale« steigende Dimension des Kampfes zwischen diesen Systemen. In den letzten zwei Jahrzehnten schob sich dann immer deutlicher eine neue Frage in den Vordergrund: Welche politische Ordnung bildet sich in der grundsätzlich neuen Situation einer globalen kapitalistischen Ökonomie heraus, die eine weltweite rechtliche und politische Form benötigt, in der sich sowohl staatliche und private Herrschaftsverhältnisse artikulieren?

Nach einer knappen Triumphzeit eines »Ende der Geschichte« (Fukuyama) wurde die räumliche Expansion eines radikalliberalen Kapitalismus in der Leitformel von der »Globalisierung« zusammengefasst. Die Frage nach einem weltweiten Arrangement dieser Ordnung wurde so in erster Linie ökonomisch aufgefasst – schließlich war ja auch die Transformation einer maroden staatssozialistischen Ökonomie in eine kapitalistische Form die zentrale Aufgabe der 1990er Jahre. Die Linke war angesichts ihrer tiefen Niederlage zunächst auch mit ihrer Selbstzerlegung und Neuerfindung beschäftigt und hatte wenig Muße, diese Frage auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

USA: Konturen der Imperialität

Der herausragende Ort der neuen Reflexion, politischen Strategieformulierung und machtpraktischen Positionierung war folgerichtig die USA, die zu diesem Zeitpunkt als einzige Macht zu Produktion einer imperialen Weltordnung fähig war. Daher war es kein Zufall, dass die Transformation zum globalen Kapitalismus von vielen Beobachtern und Machttakteuren zugleich als Amerikanisierung interpretiert wurde. Innovative linke theoretische Annäherungen, etwa von David Harvey, Giovanni Arrighi oder Michael Hardt, Robert Cox, Stephen Gill, Peter Gowan, Susan Strange oder Kees van der Pijl, Leo Panitch und William I. Robinson, entstanden auch fast nur im angloamerikanischen Raum. Dort stellte sich nicht nur unmittelbar nach 1989/91 sowie dem Krieg im Irak die praktische

Frage nach der Beurteilung einer amerikanischen Macht, deren Hauptfeind abhanden gekommen war. Zugleich war auch mit den Neokonservativen eine einflussreiche politische Strömung sichtbar geworden, die gemeinsam mit den unter Reagan neu aufgestiegenen Militärs frühzeitig einen radikalen Unilateralismus propagierte und sich in der Wissenschaft gegen die liberale Abteilung der realistischen Schule in Szene setzte. Der liberale, zum Teil auch linke Diskurs über den *american decline*, der sich fast 15 Jahre gehalten hatte, brach Anfang der 1990er Jahre ab und die ganz andere These von einer bislang ungesehenen Machtposition der USA in der »neuen Weltordnung« gewann rasch an Überzeugungskraft. Der kulturelle und ökonomische Liberalismus der Clintonzeit verdeckte diese politische Wendung im Selbstverständnis der liberalen US-Eliten und ihrer Intellektuellen, die vor allem seit Mitte der 1990er Jahre dann auch in eine explizite Politik des Interventionismus einmündete.

Verantwortlich für diese Wende waren aber die Akkumulations- und Expansionsdynamiken der *New Economy* der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und der Aufstieg einer mit den liberalimperialen außenpolitischen Eliten konkurrierenden rechtsimperialen Herausfordererlinie. Diese Strömung war Mitte der 1970er Jahre entstanden und ein Vierteljahrhundert später an der Macht angekommen. Sie war vor allem die Trägerin der Debatte um eine neue ausgreifende Theorie und Praxis der politischen Ordnung der neuen Welt. Die neokonservativen *warriors* stellten ihre »konzeptiven Ideologen« und Medienintellektuellen, hinzu kamen altrepublikanische Rechte, die alte rassistische und antietatistische Rechte, die fundamentalistischen Evangelikalen, reaganitische Militärs, Big Business und marktradikale Neoliberalen. Als Machtkörper dieser politischen Strömung fand sich also ein komplexes Bündnis zusammen. Außenpolitisch formulierte diese Allianz ein rechtsimperiales Konzept im hegemonialen Neoliberalismus, das sie der klassischen liberalimperialen Strömung des »liberalen Internationalismus« entgegensetzte. Dieses wurde im frühen 20. Jahrhundert mit dem *informal empire* als die modernste Form imperialistischer Raummacht erfunden und als Ordnungsmodus kapitalistischer Großräume gegen das damalige scharf konkurrierende rechtsimperialen (konservativ-völkische) Projekt des *Formal empire* durchgesetzt. Nach 1945 bestand dieses *informal empire* über drei Jahrzehnte hinweg im Kampf gegen den Antagonisten UdSSR und gegen dessen eigenes geopolitisches wie ökonomisches Projekt der Durchsetzung eines staatssozialistischen Großraums.

Mit der zweiten Regierung Bush ist diese neue rechte Strömung in den USA an die Regierungsmacht gekommen, die sie bis etwa 2006 weitgehend kontrollierte. Insbesondere Teile der außenpolitischen sowie die repressiven Staatsapparate (Justiz- und Innenministerium, Außenministerium, das neue Ministerium für innere Sicherheit [Homeland Security], Pentagon) und das Energieministeri-

um gingen den eher liberal ausgerichteten Eliten weitgehend verloren. Auch die Spitzenpositionen in Erziehung und Bildung sowie der Justiz kamen unter die Kontrolle der politischen Rechten. Zwar gelang es nicht, dieses politische *Realignment* zu einer mit dem Projekt des liberalen New Deal vergleichbaren Reorganisation der staatlichen Regulationsweise und des sozialstaatlich akzentuierten Vergesellschaftungsmodus auszuweiten. Dazu waren die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Präferenzen der einzelnen Gruppierungen der Allianz der Rechten unter Bush zu unterschiedlich. Außerdem fehlte es an einer verbindenden strategischen Kultur, die eine Duldung unterschiedlicher Positionen weitergetrieben hätte zu einer Identifizierung mit einem Bündel moralischer Werte, sozialer Priorisierungen und politischer Zielsetzungen, die dann eine stabile soziale Basis für die Akzeptanz und Unterstützung des Kurses der Administration Bush geschaffen hätten. Dies war lediglich im Teilbereich der Außenpolitik und des Krieges bis 2005/6 gelungen. Doch der drei Jahrzehnte lange Aufstieg dieser Generation der »politischen Krieger« (Corey Robin) entwickelte dennoch eine solche Kraft, dass die tiefe Krise ihres zentralen Projekts – des Irakkrieges und der Etablierung einer kraftvollen unmittelbar US-amerikanisch dominierten Machtzone im Mittleren Osten – zwar die politische Rechte in eine tiefe Legitimationskrise stürzte, ihre politischen Machtpositionen jedoch nicht grundlegend erschütterte. Daher bildete sich seit 2006 in den USA eine politische Kompromissstruktur zwischen liberal- und rechtsimperialer Strömung heraus, die den Ausgang der Wahlen 2008 überdauern wird. Ihre pragmatische Grundlage ist der richtungsübergreifende Konsens zum neoliberalen marktpolitischen Grundansatz und zur Ressourcensicherungspolitik und zur Verhinderung einer neuen Hegemonialkonkurrenz mit Russland, China oder sogar Europa.

In den Jahren 2002 und 2003 interpretierten viele liberale Beobachter die Entstehung und Durchsetzung der Kriegsprojekte der Bush-Administration schlichtweg als Ausdruck eines *hijacking* des Regierungsapparates durch eine kleine *coterie* von Neokonservativen. Und ebenso wird seit 2006 das erzwungene Ausscheiden prominenter neokonservativer Schlüsselfiguren kurzweg als Zusammenbruch dieser Strömung interpretiert. Hier wird deren Einbindung in die politikstrategische Tradition US-amerikanischer Weltordnungspolitik ignoriert und versäumt, die lange Zeit des politischen Aufstiegs dieser Strömung seit Mitte der 1970er Jahre in den Blick zu nehmen, die sich parallel zur marktpolitischen Radikalisierung des amerikanischen Liberalismus vollzog. Es war auch hier eine komplexe, ungewöhnlich breite Akteursstruktur, welche den US-amerikanischen Neoliberalismus aus der Taufe hob. Es waren der *dixie capitalism* des Südens (Jan Nederveen Pieterse), das *dollar wallstreet-regime* (Peter Gowan) des Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des Kalten Krieges und die Ideologen aus der Mont-Pelerin-Society oder der Chicago School

und ihrer Vorläufer mit ihrer marktenthustastischen Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 1980er und 1990er als ein neues politisches Projekt konfigurieren und ihm seine politische Reichweite gaben. Die USA blieben daher ein zentraler Ort der Selbstradikalisierung des Liberalismus als auch der *rifondazione* der globalen politischen Rechten.

Bei dieser Kompromisskonstellation geht es eher um eine Machtteilung zwischen politischen Strömungen und den von ihnen vertretenen zentralen Projekten als um eine Aufteilung der Repräsentanz unterschiedlicher Elitegruppen oder Kapitalfraktionen. Die Ausnahme hiervon bilden die stabile Präferenz der Rüstungsindustrie, des Agrobusiness und der extraktiven Industrie für die politische Rechte und der Schlüsselkonzerne der Technik- und Inhaltsabteilungen der Kommunikationsindustrie sowie des Sektorkapitals für die Liberalen. Dass ein umstandsloser, gar unmittelbarer Kurzschluss zwischen imperialen Entwicklungskonzepten und -strategien und den Zyklen der Kapitalreproduktion bzw. die sie repräsentierenden sozialen Akteursgruppen gezogen werden kann, ist nicht haltbar. Weder die Wandlungen in der Staatsintervention und der Regulierungsweise, noch die Brüche in den Konfigurationen des Imperialismus oder tiefgreifende historische Schocks wie die Weltwirtschaftskrise 1929, die Finanzmarktkrise 2007/8, die beiden Weltkriege oder weitreichenden Sprünge in der Produktivkraftentwicklung (Nuklearenergie, Mikroelektronik, Internet) haben die Strukturierung der imperialen Dimension des Raumes der »auswärtigen« oder »internationalen« oder »globalen« oder »planetaren« Politik durch »rechts-« und »liberalimperial« Projekte nachhaltig beeinflusst. Es gibt in der übergreifenden Langzeitdimension der Imperialität offenbar gleichsam dauerhafte Strukturen und Projekte, (Konkurrenz-)Beziehungen und Zyklen, die sich weitgehend autonom auf den Bereich des Politischen selbst beziehen. Diese bestimmen allerdings entscheidend die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen und ihre jeweilige Legitimationskraft.

Grundrisse

Imperiale Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte. Imperien sind aufgestiegen und niedergegangen – doch sie sind auch alt geworden, oftmals über Jahrhunderte. Sie sind eine grundlegende Institution der politischen Moderne. Ebenso wie es sie in vorkapitalistischer Zeit gab und in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, so gab es sie in der Zeit des Imperialismus. So hatten sie eine Lebenszeit, die viele Nationalstaaten Europas noch nicht erreicht haben. Über zweitausend Jahre charakterisierten sie nicht nur den europäischen Kontinent. Die Hauptakteure in der

globalen Politik waren im Großteil der Geschichte Imperien und keine Staaten. Vor einem Jahrhundert waren fast alle Territorien außerhalb Europas und dem amerikanischen Kontinent formell oder informell beherrscht von einer guten Hand voll Staaten (im wesentlichen England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, USA, Belgien und Japan). Die Sprache der Imperialität war alltäglich. Festzuhalten ist, dass die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen dann immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht hat. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von »Imperialismus« und »Imperialität«. Einst existierten Imperien, aber sie hatten kapitalistische oder vorkapitalistische Ordnungen, keineswegs aber einen »Imperialismus« als Grundlage. Und es gab imperialistische Staaten, deren imperiale Qualität kaum ausgebildet war – eine Situation, die heute selten anzutreffen ist und deshalb auch kaum noch bedacht wird. Die kapitalistisch geprägte Weltordnung der Gegenwart hat die politische Ökonomie des imperialistischen Kapitalismus nicht abgeworfen, sondern immer wieder verändert. Wo es um die Beziehungen zwischen den vielen und den starken, imperialistisch organisierten Kapitalismen geht, kommt Imperialität ins Spiel. Die Beziehung oder Eigenschaft des Imperialen meint die Stellung und aktive Positionierung eines sozialen, ökonomischen oder politischen Subjekts zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung. Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten und Nationalstaaten. Zwar wird man zur Unterscheidung grundlegender Typen der Imperialität – wie etwa Ellen Meiksins Woods *Empire of Capital* – deren Eigentumsverfassung heranziehen müssen und deshalb Imperien nicht nur im Raum des Politischen verorten. Dennoch gibt ein solcher Hinweis auf die Dimension der Eigentumsverfassung noch kein Bild von den typischen, charakteristischen und besonderen Merkmalen dieser politischen Form. Imperien sind eigene politische Einheiten. Sie sind mehr als Staaten – allerdings kommen sie heute ohne diese nicht aus, weshalb Imperien schon seit langem ohne ständige Ausprägung von Staatlichkeit nicht mehr existieren. Sie sind auch nicht einfach nur supranationale ökonomische Netzwerke – aber ohne weiträumige Beziehungen der Aneignung und Ausbeutung von Arbeitskraft, Ressourcen und Waren haben sie keinen Bestand. Imperien sind Gebäude der Souveränität und der Mächtigen und nicht der Machtlosen. Sie sind eine »zusammengesetzte politische Einheit« (Charles Tilly), welche die Einheit der illusionären imperialen Gemeinschaft mit innerer Vielfalt und Vielheit kombiniert. Bei imperialen Strukturen kommt die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie ins Spiel, also eine Beziehung zwischen ungleichen Positionen,

Ressourcen, Akteuren, Möglichkeiten. Es geht um Asymmetrie, Hierarchie und Ungleichheit. Imperien ordnen sich hierarchisch, was sie sicherlich mit anderen Ordnungen verbindet. Imperiale Hierarchien gruppieren allerdings Macht entlang geographischer Linien der Über- und Unterordnung und schaffen dabei eine Struktur, bei der die Beziehung zwischen Zentrum und peripheren Orten jene zwischen diesen Orten grundsätzlich überragt. Ungleichheit durch Aneignung ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung. Der formelle oder informelle Operationsmodus des Souveräns reicht weit und tief. Sie haben die Fähigkeit, Macht global zu projizieren, *exit* aus dem eigenen Machtraum zu verhindern und sind bestrebt, den Unterschied zwischen diesem und »dem Rest der Welt« möglichst auf Dauer zu sichern. Fragen des Raumes, der Expansivität und der Grenzen von Herrschaft stehen bei imperialen Projekten daher im Mittelpunkt, weniger das Problem der Legitimität. Denn letztlich verstehen sich imperiale Projekte als grenzenlos. Imperien haben zwar Grenzen, aber keine konsensual inszenierten Demarkationslinien wie der Territorialstaat. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Machtbasis sie haben. Werden diese Logiken brüchig, erlahmt ihr zentraler Impuls. Die immer wieder neue Arbeit an Unterscheidungen zwischen Innen und Außen, Zivilisation und Barbarei, Zugehörigkeit und Ausschluss mitsamt den dazugehörigen Bemühungen durch Krieg, Recht, Ökonomie und Kultur sie durchzusetzen, welche die Geschichte der imperialen Projekte immer begleitet, zeigt diesen ständigen Impuls der Ausdehnung und Auslöschung der veralteten Unterscheidungen, also das Grundmoment der Expansion. Die Veränderung des Raumes gehört zum Wesen des imperialen Projekts. Imperien sind nicht, sie werden. Die Bevölkerung ist vom Sinn deren Ausweitung überzeugt. Imperien bauen auf Sicherheitsgewinn und Machtzuwachs durch Expansion, welche die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung, des ständigen Streits zwischen Machtkonzentration im Zentrum und Zerstreuung der Macht zur Sicherung der Expansion und neuer Grenzüberschreitung ist. Das andauernde Ineinanderwirken von Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, von Exklusion und Inklusion ist die oft unmerkliche Bewegungsform von Imperialität. Imperien müssen heute aber auch bereits aus ressourcenpolitischen Gründen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch Größe auszeichnet – weitaus mehr als in der Zeit des entstehenden Kapitalismus kommt es heute auf die global relevanten Ressourcen und deren komplexes »Hinterland« an. Die Skalierung der Macht ist daher ein Schlüsselfaktor der Imperialität. Es hängt aber vor allem vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu dem, was »Welt« ist. Es geht um Weltordnung – »*Empires are in the business of producing world order*«

(Charles Maier). »Welt« selbst nun ist natürlich ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des »Planeten« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein Transformationsanspruch, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt. Die Fähigkeit, Weltordnung zu bilden ist die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem Sinne ein imperiales Projekt verfolgt. Staaten allerdings sind, wie erwähnt, nicht die einzigen global bestimmenden Akteure mit souveräner Macht.

Betrachtet man diese spezifische, eben imperiale Dimension des Politischen, dann unterscheidet sich deren Gestalt, Funktionsweise, Kultur und zeitliche Grundform offenbar von nationalstaatlichen und anderen politischen Figuren. Und seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperiale Projekte, deren kulturelles Set, politisches Design und partiell sogar soziale Trägerschaft die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und auch keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten am deutlichsten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein »realistisches« imperiales Projekt verfolgt – eben die USA. Fragt man, wie sich die Positionen und Strömungen dieser langen Auseinandersetzung um die Gestaltung der imperialen Ordnung oder Gliederung der Welt gegenwärtig voneinander unterscheiden, dann geht es nicht um die Fähigkeit, Macht global zu projizieren, den imperialen Raum auszudehnen, *exit* aus dem eigenen Machtraum zu verhindern und den Unterschied zwischen diesem und »dem Rest der Welt« möglichst auf Dauer zu sichern. Dies sind gemeinsame Geschäftsgrundlagen.

Charakteristisch für die rechtsimperiale Richtung war der schnelle Übergang zu einer räumlich wie zeitlich entgrenzten Kriegskonzeption durch die Referenz auf den »Krieg gegen den Terror«, die große Spielräume für militärisches Handeln ermöglichte. Dabei wurde mit einer neuen moralischen »Grammatik« des Krieges operiert, in dessen Zentrum ein militarisierter Nationalismus und eine auf Massenmobilisierung zielende Rhetorik des Krieges stand. Der Einsatz von militärischer Gewalt als Instrument der Außenpolitik und »Erzwingungsdiplomatie« (*coercive diplomacy*) wurde als Instrument exzessiver Machtsteigerung normalisiert. Gesetzt wird auf eine Politik der strategischen Prävention, die tendenziell von Aggression nicht mehr zu unterscheiden ist und deren Nuklearpolitik

sich auch gegen Kontrahenten richtete, die noch keine nuklearen Kapazitäten haben. Indem die Prävention von der taktischen auf die strategische Ebene verlagert wurde, wandelte sich die Doktrin einer Politik des letzten Auswegs in eine primär offensive Strategie. Neben der Politik des entgrenzten Krieges und der strategischen Prävention hat sich als drittes Moment dieses rechtsimperialen Paradigmas ein neues souveränes Projekt etabliert, wonach die USA in hohem Maße inter- bzw. transnational ausgerichtete Regelungen umgehen oder ignorieren müsse. Es geht um die Etablierung formeller Ungleichheit im Staatensystem. Die USA beanspruchen danach eine exzeptionelle Position, die anderen nicht zusteht – einen *double standard* (Koh) oder *American exemptionalism* (Ruggie). Die Norm der formalen souveränen Gleichheit von Staaten, auf welcher das internationale Recht beruht, wird zurückgewiesen. Ein Konzept differenzierter Souveränität wird explizit verfochten. Die Kehrseite des souveränistischen Projekts und seiner zivilreligiös fundierten Kultur der Selbststärkung und der Suprematie (»Exzeptionalismus«) ist die Ab- und Entwertung trans- und internationaler Regime. Praktisch bedeutet dies die Relativierung des zentralen Herrschaftsmodus informeller Imperialität, nicht über, sondern durch Staaten und Staatensysteme zu herrschen. Hier geht es um die Erneuerung der Tradition des *formal empire*. Es sind also nicht Differenzen in der grundsätzlichen Zielsetzung – Sicherung des Weltkapitalismus und des amerikanischen Primats, also des *American Way of Globalism* – und erst recht kein gravierender Ordnungswechsel hin zu einem grundsätzlich neuen Kapitalismus oder Imperialismus, auch nicht eine Aufgabe einer Politik der *markets and missiles*, sondern substantielle politikmethodische und verfahrenspolitische, aber auch moral- und diskurspolitische Unterschiede, die den Bruch zwischen diesen Strömungen markieren. Diese Differenzen zwischen rechts- und liberalimperialer Strömung hatten auch nach 2006 Bestand. Politisch macht die offenbare Kraft der rechten, neuimperialen Strömung es sehr unwahrscheinlich, dass die vor allem seit 2005 im Kräftefeld des amerikanischen Liberalismus immer stärker aufkommende Dynamik der inneramerikanischen Kriegskritik in eine grundsätzliche Infragestellung der bisher dort hegemonialen Positionen übergeht: Wo geht es um die Akzeptanz gemeinsamer Regimes kollektiver Sicherheit? Wer gibt den Anspruch auf, global zu definieren, wen die »Weltgemeinschaft« als »Feind« zu betrachten habe? Wer verzichtet auf die Fähigkeit und Chance militärischer Alleingänge? Gibt es grundlegende Differenzen im Weltbild und der Aufteilung dieser Welt in Hegemonialrivalen (z.B. Russland und China), *swing states* (z.B. Türkei), »Problemstaaten« (z.B. Venezuela) und »Feindstaaten« (z.B. Iran)? Wer verzichtet auf atomare Kriege oder gar nukleare Bewaffnung selbst? Wer nimmt die beträchtliche Zerstörung der Rüstungskontrollregime durch die Vereinigten Staaten seit den 1990ern zurück? Wer optiert für ein dezidiertes Projekt der Ab- und Entrüstung? Bei der

Sicherung der imperialen Kampfzone und ihrer Gewaltmittel sind keine tiefen Risse zu erkennen. Der Wunsch nach Veränderung variierte seit 2005 nur in einem einzigen Manöver: wie die Niederlage der USA im Irakkrieg doch noch in einen Machtgewinn umgemünzt werden könne.

Imperien gehen nun sicherlich wegen einer Niederlage in einem Regionalkrieg nicht unter – aber die USA haben ein rasch wachsendes Macht-, Ressourcen- und Legitimationsproblem. Viele glauben dem Gerede nicht mehr: »*We don't do empire*«, so Donald Rumsfeld im März 2003. Sie sind zudem mit anderen Mächten konfrontiert, die entweder eigene Regeln aufbauen (Europa) oder dieselben Regeln besser spielen (China). »Die Welt wird multipolar sein« ist daher die Prognose nicht nur der früheren Außenministerin Madeleine Albright. »Selektive Weltherrschaft« (Czempiel) scheint gegenwärtig das Äußerste, was das Projekt »American Empire« zu leisten vermag. China, Indien, Russland, Brasilien gehören nicht zu dem liberalen westlichen Block der Japan, Südkorea, Kanada, Australien und weite Teile Europas umspannt. Sie sind demnach nicht in der Kernzone des American Empire. Sie betreiben vorsichtiges *hard balancing* – vor allem China, Indien und einzelne europäische und lateinamerikanische Staaten – oder deutliches *soft balancing*, indem sie die Kosten unilateraler Politiken der USA in die Höhe treiben und politische Präferenzen der USA in internationalen Organisationen konterkarieren – und ähnlich wie diese einer Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen an solche Organisationen widerstehen. Der taktische Rückzug und die nicht nur leichthändig verbalen Kurskorrekturen, welche die USA mittlerweile vor allem gegenüber Europa (insbesondere der BRD) unternahmen, reflektieren die Effekte dieser Balancearbeit. Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine globale Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um Konzessionen zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das »überall in der Welt arrangiert wird« (Rumsfeld), ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit plaziert werden.

Konflikte

Freilich geht es bei der Beantwortung der Frage nach der Gestalt der neuen weltweiten politischen Ordnung nicht nur allein um diesen zentralen Konflikt zwischen den mächtigen Akteuren im Nationalstaat USA und ihre Fähigkeit, ihre jeweilige Hegemonialstellung in globale Gefolgschaft für die entsprechenden imperialen Richtungsoptionen umzumünzen. Vielmehr steht zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus ein neues globales politisches Subjekt (z.B. eine »transnationale Bourgeoisie«) und eine neuartige kohärente globale politische Ordnung (»Empire«) etablieren können;
- ob es zur Neubildung eines »anarchisch-konkurrenzförmigen«, »pluralen«, wenngleich durchaus ungleich verfassten, hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems mit kooperativen Grundelementen kommen wird. In diesem könnte ein zentraler Akteur wie China oder eine Allianz, etwa der transatlantische oder gar globale »Norden«, eine neue »asiatische Allianz«, oder die »Supermächte« USA, China und die EU als die »*Big Three*« (Khanna) dominieren. Es könnte auch ein »globales Direktorium« (Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen, die im heftigen Kampf um einige machtpolitisch relevanter *swing states* liegen, deren Orientierung darüber entscheidet, wer das Primat in der globalen Machtstruktur erlangt;
- ob doch ein einzelner traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position (»Hypermacht«) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle (»American Empire«) zu übernehmen vermag und konkret die USA imstande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global und mit neoliberalen Zuschnitt – zu initiieren und aufgrund ihrer unipolaren Position, ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen;
- oder ob mittel- oder langfristig eine alternatives, kooperatives, nichthegegonial-demokratisches, friedliches und antiimperiales Projekt der »Selbstordnung« der Welt geschaffen werden kann.

Die Konflikte um diese Optionen prägen die gegenwärtige Weltordnung. Wir haben es gegenwärtig nicht mit einer imperialen Endzeit zu tun, wie es die Utopien von Hardt und Negri oder Fukuyama diagnostizierten. Wir leben vielmehr in einer langen Zeit der offenen Übergänge und strategischen Auseinandersetzungen. Unversehens sind politische Kämpfe inmitten der scheinbar so fest gefügten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. Die wachsende Delegitimation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die strategischen politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen

(»planetaren«, »pluralen«, »singulären«) Akteuren ausgebrochen sind – die relativ schwachen »nichtimperialen« Protagonisten agieren hier noch in einer anderen Liga. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und es ist ungeklärt, welcher soziale Gehalt und welche politische Qualität dabei am Ende bestimmend sein werden. Eine Fülle von heterogenen Konstellationen und widersprüchlichen fragmentierten Formationen der Übergänge existiert schon heute, die das Aufeinanderstoßen dieser Akteure und ihrer Projekte reflektieren.

Imperien freilich, gleich welchen Zuschnitts – sie nützen nie den Eingeborenen. Doch die Manövriermasse und Opfer deren Politik haben in der Geschichte oftmals die so unüberwindlich scheinende imperiale *Herrschaft* hinter sich gelassen.

Literatur

- Agnew, John (2005): *Hegemony: The New Shape of Global Power*, Philadelphia.
- Arrighi, Giovanni (2007): *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*, London/New York (dt.: *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2008).
- Calhoun, Craig/Cooper, Frederick/Moore, Kevin M. (2005): *Lessons of Empire. Imperial Histories and American Power*, New York.
- Colás, Alejandro/Saull, Richard (2006) (Hrsg.): *The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War*, London/New York.
- Colás, Alejandro (2006): *Empire*, Cambridge.
- Cox, Robert W. (2003): *Beyond Empire and Terror: Critical Reflections on the Political Economy of World Order*, Sheffield.
- Deepak, Lal (2004): *In Praise of Empires. Globalization and Order*, New York.
- DeGrazia, Victoria (2005): *Irresistible Empire: America's Advance Through Twentieth Century Europe*, Cambridge.
- Gill, Stephen (2003): *Power and Resistance in the New World Order*, Basingstoke.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*, Cambridge.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford (dt.: *Der neue Imperialismus*, Hamburg 2005).
- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford.
- Howe, Stephen (2002): *Empire: A Very Short Introduction*, Oxford.
- Kaindl, Christina et al. (2007) (Hrsg.): *Kapitalismus reloaded: Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie*, Hamburg.
- Layne, Christopher (2006): *The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present*, Ithaca.
- Lundestad, Geir (2003): *The United States and Europe Since 1945. From »Empire*

- by Invitation« to *Transatlantic Drift*, Oxford.
- Maier, Charles S. (2006): *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*, Cambridge.
- Mooers, Colin (2006) (Hrsg.): *The New Imperialists. Ideologies of Empire*, Oxford.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2004): *Global Finance and American Empire*, Montreal.
- Pieterse, Jan Nederveen (2004): *Globalization or Empire?*, New York/London.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (Hrsg.) (2006): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*, New York.
- Porter, Bernard (2006): *Empire and superempire: Britain, America and the world*, New Haven/London.
- Reus-Smit, Christian (2004): *American Power and World Order*, Cambridge.
- Rilling, Rainer (2008): *Risse im Empire*, Berlin.
- Rilling, Rainer (2007): *Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie*, Berlin.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore.
- Smith, Neil (2005): *The Endgame of Globalization*, New York/London.
- van der Pijl, Kees (2006): *Global rivalries: from the Cold War to Iraq*, London.
- Wood, Ellen Meiksins (2003): *Empire of Capital*, London/New York.